Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/534
08.11.2007

Hauptausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

8. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11.35 Uhr
11:50 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200

(s. a. Vorlage 14/1443)

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen

Einzelplan 01 **10**

Der Ausschuss beschließt den Einzelplan mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 **10**

Zu den Anträgen lfd. Nrn. 1 und 2 **13**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 3 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 4 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 5 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 6 **14**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 7 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 8 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 9 **17**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 10 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 11 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Faktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 12 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 13 **18**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Gesamtabstimmung **20**

Der Ausschuss gibt dem Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung.

2 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (s. Anlage) **22**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

In Verbindung mit:

Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867

- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

  Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Lothar Hegemann (CDU), TOP 2 nicht von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

  Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3978 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an der Abstimmung zu.

  Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 14/4867 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an der Abstimmung ab.

3 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes **35**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5219

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

  Der Ausschuss votiert mit den Stimmen aller vier Fraktionen für den Gesetzentwurf.

4 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

(vgl. Vorlage 14/1353)

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss wird auf Antrag der SPD-Fraktion zu dem Antrag ein Expertengespräch durchführen. Über den Termin für eine Sondersitzung des Hauptausschusses und die Zahl der Sachverständigen ist noch eine Verständigung unter den Obleuten zu erzielen.

5 Forschungsland NRW muss wieder gestärkt und international sichtbar werden 38

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5007

- nach Möglichkeit Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

6 Kein Platz für Kreationismus an Nordrhein-Westfalens Schulen 39

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5022

- nach Möglichkeit Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss lehnt die Ziffer IV des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt die Ziffer V des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den restlichen Teil des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag insgesamt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

7 Zwischenbericht 2007: Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen **41**

Vorlage 14/1338

8 Verschiedenes **41**

AdR-Stellungnahme zum Europäischen Forschungsraum: Berichterstattung durch Herrn Abg. Michael Schroeren, stv. Mitglied des AdR

9 Finanzierung Euregios 2007 - 2013 **41**

- schriftlicher Bericht -

10 Geplante Kooperation mit Ghana **41**

- schriftlicher Bericht -

11 Stand internationale Beziehungen des Landes **41**

- schriftlicher Bericht -

12 Kosten Landesdesign **41**

- schriftlicher Bericht -

Da mit 13 Uhr das Ende der vereinbarten Sitzungszeit erreicht ist, schließt der Vorsitzende die Sitzung. Die TOP 7 bis 12 werden nicht mehr behandelt. Der Vorsitzende kündigt an, die Sprecher der Fraktionen relativ bald zu einem Treffen zusammenzurufen, um sich über einen neuen Termin und das weitere Verfahren mit den TOP 7 bis 12 zu verständigen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200

(s. a. Vorlage 14/1443)

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen

Einzelplan 01

Der Ausschuss beschließt den Einzelplan mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02

(Die in diesem Protokoll vorgenommene Nummerierung der Anträge entspricht der in Vorlage 14/1443; in dieser Vorlage bereits enthaltene Antragsbegründungen werden in diesem Protokoll nicht nochmals aufgeführt.)

Vor der Antragsberatung wünscht **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** die Klärung einiger in der letzten Hauptausschusssitzung offen gebliebener, auch plenar behandelter Fragen. Gerade Minister Laschet habe den Ausschuss in der Fragestunde des Plenums zu dem Thema „Wie wurde der Ministerpräsident auf das Kinderforum vorbereitet?“ mit der Bemerkung, über interne Abläufe der Vorbereitung des Ministerpräsidenten keine Auskunft geben zu wollen, abgespeist. Da jedoch ein unmittelbarer Zusammenhang zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 02 bestehe, hoffe sie auf weitere Erläuterungen heute.

Folgende konkrete Angaben interessierten sie:

Aus welchem Titel finanziere die Landesregierung Umfragen?

Wie sehe die Titelentwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 aus?

Habe es eine Befragung gegeben, wie das KiBiz ankomme und, wenn ja, habe sich diese Befragung nur auf das KiBiz gerichtet oder auch andere Komplexe umfasst?

Seien die Ergebnisse dieser Umfrage Auslöser für die Veranstaltung des Kinderforums gewesen?

Wie seien in den Jahren 2005 bis 2008 die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministerpräsidenten gebündelt worden und wie hätten sie sich entwickelt?

Wolfram Kuschke (SPD) bittet vor dem Hintergrund der veränderten Situation der Einnahmen aus Lotto, Toto, Oddset, KENO etc. um nähere Informationen zur Neuregelung der Zuflüsse zu den Stiftungen.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** hat der letzten Hauptausschusssitzung die von Sylvia Löhrmann genannten Sequenzen nicht entnehmen können und sieht sich, da die Dinge eine gewisse Untersuchung erforderten, zu einer präzisen Antwort - auf Präzision lege er viel Wert - heute nicht in der Lage.

Betreffend die Zuflüsse zu den Stiftungen verweist der Staatssekretär auf die Ausführungen dazu in der letzten Sitzung, u. a. zu der Neuordnung der Zuflüsse aufgrund der von Jahr zu Jahr stärkeren Erlösrückgänge. Die jeweiligen Ansätze auf der einen Seite bei Fortbestehen des alten Mechanismus, auf der anderen bei Berechnung auf der Basis der neuen Kriterien ließen sich der Ergänzungsvorlage, insbesondere den Angaben in Kap 20 020, entnehmen. Ohne die KENO-Erlöse als zusätzliche Quelle wären erhebliche Rückgänge zu verzeichnen gewesen. Nunmehr beliefen sich die Minderungen im Vergleich der Ansätze 2007 zu 2008 - neu - auf noch 16.000 € bei der Sportstiftung, 693.200 € bei der Kunststiftung, 900.000 € bei der NRW-Stiftung, 158.100 € bei der Stiftung für Umwelt und Entwicklung und 1.200.000 € bei der Stiftung für Wohlfahrtspflege.

MR Heinz Feldkötter (StK) wendet sich zunächst den Ansätzen in Kap. 02 010 **-** Ministerpräsident -, Tit. 531 10 - Für Aufgaben der Presseinformation und der Öffentlichkeitsarbeit - der Jahre 2005 bis 2008 zu. Ansatz 2005: 1.892.000 €; Ansatz 2006: 1.692.000 €, wobei die Absenkung auf der Verlagerung von 200.000 € für Meinungsumfragen in die Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen - desselben Kapitels beruhe; Ansatz 2007: 1.500.000 €; Ansatz 2008: 1.500.000 €.

Die Entwicklung des Titels 541 30 - Veranstaltungen des Ministerpräsidenten - stelle sich wie folgt dar: Ansatz 2005: seiner Erinnerung nach 100.000 €, Ist 2005: 50.000 €; Ansatz 2006: 100.000 €, Ist 2006: 36.000 €; Ansatz 2007: 100.000 €; Ansatz 2008: 100.000 €.

Was den Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung - anbelange, erkläre sich die - aus Mitteln des Einzelplans 20, Tit. 971 10 - Unvorhergesehenes gedeckte - Mehrausgabe in 2006 in Höhe von 177.000 € gegenüber dem Ansatz von 1.200.000 € durch Sondereinflüsse wie den Staatsakt für den verstorbenen Bundespräsidenten respektive Ministerpräsidenten a. D. Johannes Rau und die Trauerfeier für Paul Spiegel.

Claudia Nell-Paul (SPD) möchte von der Landesregierung eine Auflistung der Entwicklung der den Destinatären zugeflossenen Gelder über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren seit der damaligen Neuaufteilung, um einen Überblick über die sich dort abspielende Dramatik zu gewinnen.

Lobenswerterweise beziehe man nun, um das Schlimmste zu verhindern, auch die KENO-Einnahmen mit ein, doch sage dies noch nichts über die Nachhaltigkeit. Es frage sich daher, ob die Landesregierung mit einem weiteren Rückgang der Einnahmen rechne und welche Maßnahmen sie dann zu ergreifen gedenke.

Außerdem wüsste sie gerne, inwiefern über die Aufteilung der KENO-Gelder Einvernehmen mit den Destinatären herrsche.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erkundigt sich nach den insgesamt für Umfragen zur Verfügung stehenden Mitteln - Stichwort: Umschichtung -, wiederholt ihre Frage nach einer Umfrage explizit oder implizit zum KiBiz und ist interessiert zu erfahren, ob der Haushalt des Ministerpräsidenten für die Zukunft Mittel für Ausgaben wie für den Kindermoderator - dieser sei ja wohl aus dem Einzelplan 15 des Ministers Laschet finanziert worden - vorsehe.

Die von Claudia Nell-Paul angesprochene Zeitreihe müsse erst erzeugt werden, erwidert der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK).**

Nicht beraten habe er im Zuge der Verteilung der KENO-Mittel mit der Stiftung Wohlfahrtspflege, weil diese sich zum ganz überwiegenden Teil aus den Spielbankabgaben speise und nur eine relativ geringe Partizipation an den Erlösen aus den genannten Glücksspielen bestehe.

Betreffend die NRW-Stiftung habe er sowohl mit dem scheidenden Präsidenten Kniola als auch mit dem neuen, Borchert, Gespräche geführt und Einvernehmen hergestellt.

Offenbar würden in den von Rückgängen geprägten Zeiten die Vorteile des neuen und einheitlichen Verteilungsmechanismus und der Poolbildung erkannt, wonach nicht mehr unterschiedliche Quellen und deren zufällige Entwicklung die Ausstattung der Destinatäre bestimmten. In einem gewissen Akt der Solidarität zeigten sich die Destinatäre bereit, nunmehr in eine Risikogemeinschaft mit Teilhabe sowohl an Abwärts- als auch an Aufwärtsentwicklung zu gehen. Die Landesregierung intendiere, dass die Schlüssel so ständen, wie jetzt ermittelt.

Der Finanzminister werde mit den Stiftungen wohl noch etwas stringenter - als bisher in einem Appell an sie zum Ausdruck gebracht - darüber verhandeln, dass aus Einnahmezuwächsen Rücklagen zu bilden seien, um einen zusätzlichen Puffer anzulegen.

Die zukünftige Einnahmeentwicklung prognostizieren zu wollen, bedeutete zu spekulieren. Allerdings gingen gewisse positive Effekte sicherlich von der in dem neuen Glückspielstaatsvertrag enthaltenen Regelung einer streng regionalisierten Abführung der Erlöse der Lotterievermittler aus.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wiederholt ihre Fragen nach Entwicklung und Bündelung der Mittel für demoskopische Umfragen und nach der Gesamtsumme sowie nach einer eventuellen Umfrage zum KiBiz.

Für **Wolfram Kuschke (SPD)** unbeantwortet ist noch die mit Blick auf die abwehrende Haltung Minister Laschets, der weit von sich weise, involviert gewesen zu sein, interessante Frage nach dem Titel, aus dem die Finanzierung des Kinderforums erfolgt sei.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** will versuchen, dem Ausschuss noch im Laufe der Sitzung Auskunft über aus dem Einzelplan 02 Finanziertes zu geben. Bekanntlich stammten die Gelder für die in Rede stehende Veranstaltung aus diversen Einzelplänen.

Zu KiBiz sei seines Wissens keine Meinungsumfrage durchgeführt worden.

Es fehle noch die Benennung der Summe für Umfragen, die Schilderung der Entwicklung und die Skizzierung der Bündelung, wirft **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** ein.

Zu den Anträgen lfd. Nrn. 1 und 2

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) interessiert der Verbleib des - wie sie es formuliert - „Anti-Oettingers“.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** geht auf die Anträge ein und bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass Sylvia Löhrmann seinen mündlichen und schriftlichen Ausführungen, nach denen die Personalmaßnahmen kein Mehr, sondern lediglich ein Weniger an Kürzungen bedeuteten, nicht zu folgen vermöge. Im Übrigen bedingte es keine Reduzierung, sondern eine Steigerung, beherzigte die Landesregierung die Forderung aus der Antragsbegründung, nämlich den Stand von 2005 wiederherzustellen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) formuliert erneut die Frage nach dem Verbleib des besagten Redenschreibers und wehrt den Vorwurf vonseiten der Koalitionsfraktionen, dies hätte nichts mit dem Haushalt zu tun, mit dem Argument ab, selbstverständlich existiere ein solcher Zusammenhang, denn es gehe um den Stellenbestand in der Staatskanzlei, in der schließlich zig Redenschreiber für den Ministerpräsidenten eingestellt worden seien.

Dr. Gerhard Papke (FDP) bittet in seinem Beitrag zur Geschäftsordnung mit Verweis darauf, dass man sich im Augenblick in den Haushaltsberatungen befinde, darum, die Fragen und Antworten auch darauf zu konzentrieren. Die Frage von Sylvia Löhrmann habe mit den Haushaltsberatungen nichts zu tun. Er beantrage, sich an die Vorgabe des verabredeten Tagesordnungspunktes zu halten und nicht alle Fragen, die einem in den Sinn kämen, zu stellen.

In seiner Replik verweist **Wolfram Kuschke (SPD)** auf die personalrechtlichen Maßnahmen im Gefolge des Vorgangs „Redenschreiberaffaire“, die möglicherweise Aus-

wirkungen auf den Haushalt zeitigten. - Solcherart Auswirkungen gebe es nicht, erwidert der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK).**

Vorsitzender Werner Jostmeier fasst zusammen: Er könne natürlich erst im Nachhinein beurteilen, ob sich ein Redebeitrag mit dem Haushalt befasse oder nicht und müsse deshalb jeden Wortbeitrag zulassen. Außerdem obliege es der Entscheidung der Landesregierung, gegebenenfalls auf eine Frage nicht zu antworten.

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 1** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 2** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 3

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 3** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 4

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 4** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 5

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 5** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 6

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) greift auf die schon in der letzten Sitzung geäußerte Kritik an der Errichtung eines mit üppigen Mitteln ausgestatteten Gremiums zurück, wo-

bei es sich bei den bisher geschilderten, von ihm zu lösenden Aufgaben ihres Erachtens um Aufgaben im Rahmen des laufenden Geschäfts handele. Zudem rühme sich das Innovationsministerium, zukunftsgerichtet Probleme zu bearbeiten, und nicht zuletzt liege ein Bericht des seinerzeit mit sehr viel geringeren finanziellen Zuwendungen bedacht gewesenen Zukunftsrates vor. Außerdem dränge sich der Eindruck auf, Folgerungen würden aus den ganzen Expertisen ohnehin nicht gezogen.

Lieferte die Staatskanzlei keine vernünftige Begründung, erscheine das Ganze als ein Teil der Imagekampagne des Ministerpräsidenten und behielten sich die Grünen weitergehende Anträge für den Haushalts- und Finanzausschuss vor.

Nach den Worten des **Chefs der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** geht es um die wissenschaftsbasierte Behandlung grundsätzlicher Fragestellungen des gesellschaftlichen Lebens wie Globalisierung, wirtschaftliche Integration, demografischer Wandel, Veränderung des Landes in der Alters- und der ethnischen Struktur, Wissensgesellschaft, Klimawandel, Klimaschutz, Wandel der Lebensbedingungen in einem wachsenden Europa, Verhältnis Europas zur Welt, Werteorientierung, Zusammenleben in der Gesellschaft.

Alles in diesem Zusammenhang zu Initiierende solle in großer Öffentlichkeit stattfinden und zu öffentlichen Diskussionen führen, womit sich die Beantragung erheblicher Mittel für Publikationen und Veranstaltungen, etwa Fachkongresse, erkläre.

Die Angemessenheit könne im Vergleich mit früheren Ansätzen wie dem des Jahres 1991/1992 für das Wissenschaftszentrum beurteilt werden.

Carina Gödecke (SPD) schlussfolgert, im Gegensatz zu dem in der letzten Sitzung Vorgetragenen verberge sich hinter diesem Projekt also wohl ein verkappter Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen. Von daher bitte sie zu überlegen, ob es nicht im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit richtiger wäre, für die Veranschlagung einen anderen Titel als diese Titelgruppe zu wählen.

Die Darstellung in dieser Sitzung unterscheide sich auch insofern von dem bisher Erläuterten, als beim letzten Mal als Ziel die wissenschaftliche Beratung des Ministerpräsidenten im Hinblick auf Politikgestaltung und Leitentscheidungen für Nordrhein-Westfalen genannt worden sei, heute hingegen deutlich werde, dass der Ministerpräsident hochkarätige Wissenschaftler über sämtliche relevanten, aber eben gerade nicht NRW-spezifischen Themen an einen Tisch holen und damit Öffentlichkeitsarbeit betreiben wolle.

Aus ihren Oppositionszeiten erinnert sich **Ilka von Boeselager (CDU)** an sehr viele Kongresse - unter Einbindung auch der Opposition; sie bitte den Staatssekretär, zu erläutern, ob die Landesregierung ebenfalls eine solche Einbindung der Opposition beabsichtige - und zig Gremien zur fachlichen Beratung des damaligen Ministerpräsidenten, etwa auf dem Feld Entwicklungs- oder Eine-Welt-Politik. Was hier geschehe, sei also ein völlig normaler Vorgang.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** unterstützt das in der vorigen Sitzung Mitgeteilte als inhaltlich im völligen Einklang mit seinen Ausführungen. Einzig und allein die Betonung der einzelnen Aspekte weiche vielleicht etwas voneinander ab. - Man bewege sich in der Titelgruppe 60 „Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen“, und über die Mittel aus dieser Titelgruppe erfolgten auch die Veröffentlichungen der Beratungsergebnisse. Dass die Landesregierung Veröffentlichungen beabsichtige, halte er aus Gründen der Transparenz für selbstverständlich; denn wie reagierte die Opposition wohl, beriete das Gremium hinter verschlossenen Türen - ohne entsprechende Diskussionsforen, ohne die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen?

Und natürlich strebe man eine breite Beteiligung an diesen Diskussionsprozessen an, und zwar in Bezug auf die Besetzung des wissenschaftlichen Beirates.

Wolfram Kuschke (SPD) sieht immer noch keine größere Klarheit betreffend das Konstrukt „wissenschaftlicher Beirat“. Die hier und in der letzten Sitzung gezogenen Vergleiche zum Wissenschaftszentrum und zum Zukunftsrat träfen so nicht zu.

Nach Ansicht von **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** erhellt sich die Angelegenheit nur insofern, als augenscheinlich auf diese Weise ein großer Baustein für Öffentlichkeitsarbeit, für Publikationen, für das In-Szene-Setzen der entsprechenden Ereignisse generiert werden solle. Dies motiviere sie zu radikalerem Eingreifen, als es in dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck komme; dies bleibe aber den Beratungen im HFA überlassen.

Und dann mute es merkwürdig an, wenn die Landesregierung jetzt anfangen wolle, sich über die Wissensgesellschaft, den Klimawandel und anderes Gedanken zu machen. Gerade auf diesen beiden Themenfeldern herrsche nämlich kein Erkenntnismangel, sondern ein Umsetzungsdefizit; ein Umsetzungsdefizit auch insofern, als CDU und FDP zumindest Bereitschaft zeigen müssten, ihren Koalitionsvertrag umzuschreiben und in ihrem Tun in bestimmten Fragen wie etwa „Wissensgesellschaft/Neugestaltung des Schulsystems“ bis dahin innezuhalten. Dies zu glauben, dafür gebe es jedoch eingedenk des bisherigen Auftretens von Koalition und Landesregierung keinen Anlass, rückten sie doch trotz zahlreicher gegenteiliger Expertisen nie von dem einmal von ihnen festgelegten Ziel ab.

Nach den Worten des **Chefs der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** existierten in der Tat Unterschiede zwischen Wissenschaftszentrum und wissenschaftlichem Beirat, wenngleich die Arbeit des Wissenschaftszentrums wichtige Schlüsse für Einrichtung und Konzeption des wissenschaftlichen Beirats erlaube, denn soweit auseinander lägen die beiden Ansätze nun auch wieder nicht.

Das Wissenschaftszentrum als Vergleich herangezogen habe er allerdings eher, um anhand der Zahlen zu verdeutlichen, dass man sich mit dem wissenschaftlichen Beirat größenordnungsmäßig nicht in einem absolut abwegigen Bereich bewege.

Nicht einzusehen vermöge er, dass man - wie von Sylvia Löhrmann gerade gefordert -, wenn man sich in einem Umsetzungsprozess befinde, auf das Weiterdenken, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die sich ständig weiter wandelnden Zusammenhänge verzichten solle. Diesem Streben nach immer neuem Erkenntnisgewinn widerspreche das stringente Abarbeiten der im Koalitionsvertrag vereinbarten Komplexe „Globalisierung“, „demografischer Wandel“, „Wissensgesellschaft“ nicht im Geringsten, wolle man sich dabei doch gerade an den neuesten Erkenntnissen ausrichten.

Markus Töns (SPD) erneuert die Frage von Ilka von Boeselager nach der Einbindung der Opposition. - Diese Frage habe er ausdrücklich mit Ja beantwortet, wirft der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** ein.

Markus Töns schließt dann die Frage nach einer eventuellen Neuauflage des Medienrates an. - Eine solche Absicht verneint der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK).**

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 6** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 7

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 7** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 8

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 8** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 9

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 9** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 10

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 10** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 11

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 11** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 12

Ilka von Boeselager (CDU) bringt ihr Erstaunen über diesen Antrag der Grünen zum Ausdruck, habe man doch in den Besprechungen von dem Willen, gemeinsam etwas auf den Weg zu geben und sich nicht auseinanderdividieren lassen zu wollen, ausgehen können. Das Vorpreschen der Grünen empfinde sie von daher als nicht ganz fair.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** bezeichnet den hier in Rede stehenden Gegenstand als sehr begründet, aber noch nicht etatreif. Die Entwicklung um den Aufbau einer Vertretung der Muslime in Nordrhein-Westfalen in den nächsten zwei Jahren werde die Landesregierung nicht nur aufmerksam beobachten, sondern auch begleiten und unterstützen. Er rege an, dieses Thema im Hauptausschuss noch einmal aufzugreifen, um im Rahmen des Haushaltsvollzuges je nach Reife des Projektes weitere Entscheidungen zu treffen.

Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 12** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Zu dem Antrag lfd. Nr. 13

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) führt ergänzend zur Antragsbegründung aus, es bleibe unverständlich, weshalb bei der Filmstiftung kein Mittelzuwachs erfolge, steige doch der Kulturetat insgesamt an.

Nach Ansicht von **Ilka von Boeselager (CDU)** biete die Summe von 10 Millionen €, die nunmehr für diesen Bereich über die NRW.Bank bereitstehe, ein großes Potenzial, die Medien- und Telekommunikationswirtschaft nach vorne zu bringen.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Andreas Krautscheid,** bedauert die Abwesenheit des Oliver Keymis von den Grünen, der sich als sachkundiger Kollege, wie er, Krautscheid, wisse, über die Entwicklung zwar eher still als offen freue, aber sie für richtig halte.

Denn der Etat der Filmstiftung werde nicht nur überrollt, sondern die Branche an dem erfreulich boomenden Filmstandort Nordrhein-Westfalen erfahre zusätzlich Unterstützung durch das vom Ministerpräsidenten auf dem Medienforum angekündigte 10-Millionen-Programm der NRW.Bank, welches - bei der Filmstiftung werde dies, auch sinnvollerweise, etwas großzügiger gehandhabt - über Darlehensvergaben allein der Förderung der Arbeit von Produzenten in Nordrhein-Westfalen und Produktionen in Nordrhein-Westfalen diene. Einige Anträge seien sogar schon beschieden. Die sehr positiven Reaktionen aus der Filmbranche besagten, dass noch nie so viel so erfolgreich in Nordrhein-Westfalen produziert worden sei.

Zu Recht spreche Sylvia Löhrmann von ständig steigenden Mitteln im Kulturhaushalt. Diese Mittel beinhalteten allerdings auch Mittel für das Gebiet Film, die sich somit sukzessive im gleichen Maße erhöhten.

Zur Kinoförderung, dem Feld, auf dem der Landesregierung gerne die guten Beispiele aus Bayern und Brandenburg in Erinnerung gerufen würden: Weiterhin entfielen auf diesen Sektor in Nordrhein-Westfalen allein 400.000 € aus Landesmitteln im Rahmen der Filmstiftung und damit ein Drittel mehr als das, was die Bayern für ihre Kinolandschaft ausgäben, und fast das Doppelte im Vergleich zu den Geldern für die in Potsdam angesiedelte Film- und Kinokultur.

Wolfram Kuschke (SPD) bedankt sich für die Ausführungen des Ministers, vorgetragen, so Wolfram Kuschke, in Vertretung des noch zu ernennenden Staatssekretärs, und schlägt vor, Letzteren noch vor der dritten Lesung des Haushalts zu ernennen, um nicht wegen der ansonsten anstehenden Einsparung von Geldern Grund für einen Änderungsantrag der Opposition zu liefern.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) merkt an, Medienexperte Keymis habe in Kenntnis der vom Minister vorgetragenen finanziellen Ausstattung des in Rede stehenden Sektors für den vorliegenden Änderungsantrag geworben.

Thomas Jarzombek (CDU) zweifelt diese Kenntnis an, denn ansonsten Oliver Keymis doch die Verdoppelung der Mittel über die genannte Schiene hätte anerkennen sollen.

Außerdem biete das „Modell NRW.Bank“ folgenden Vorteil:

Bei Förderung durch die Filmstiftung bleibe eine Finanzierungslücke. Diese werde abgedeckt, indem man bereits im Vorfeld, um das Darlehen für die Produktion über-

haupt zu bekommen, Verträge über die weitere Verwertung - auf DVD, im Fernsehen etc. - abschließe. Dieser Abschluss finde in der Regel, weil im Vorfeld vollzogen, auf dem niedrigstmöglichen Niveau statt, was die nordrhein-westfälischen Produzenten der Entwicklungsmöglichkeiten beraube, denn sie bekämen auf diese Weise immer nur die zur Produktion absolut notwendigen Gelder rein, die aber nicht reichten, um etwas aufzubauen, um sich selber weiterzuentwickeln und weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Das neue Instrument eröffne den Produzenten die Chance, auf Basis vernünftiger und fairer Darlehen an dem wirtschaftlichen Erfolg ihrer Filme zu partizipieren und damit ein gewisses Wachstum an den Tag zu legen.

Es wäre schön und zeugte von Sachkenntnis, begrüßte die Opposition dies, anstatt im Klein-Klein zu verharren und Anhebungen zu fordern, nur weil sie die Konzepte nicht richtig verstehe.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Andreas Krautscheid,** fügt hinzu, ein kleines Indiz für die Qualität der Filmstiftung liefere der Rückfluss der Mittel aus wirtschaftlich erfolgreichen Projekten, und zwar von 13,5 Millionen € aus dem letzten Förderjahr, die - was er begrüße - zur weiteren Filmförderung bei der Stiftung verblieben, was nicht überall üblich sei.

> Der Ausschuss lehnt den **Änderungsantrag lfd. Nr. 13** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Gesamtabstimmung

> Der Ausschuss gibt dem Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung.

Wolfram Kuschke (SPD) bittet die Landesregierung um Prüfung, ob man in den Bereichen Lehrerfortbildung in und Schüleraustausch mit Israel all das, was sinnvoll und notwendig erscheine, tun könne.

Ferner macht der Redner auf die - auch schon vor 2005 erfolgten - in ihrer Höhe zwar nicht besonders dramatischen, aber dem Verband durchaus Schwierigkeiten bereitenden Kürzungen der Gelder für den Landesverband der Europa-Union aufmerksam und regt unter Hinweis auf ein in der letzten Vorstandssitzung der Europa-Union in Anwesenheit des CDU-Abgeordneten Jürgen Hollstein formuliertes Papier an, der Vorsitzende des Hauptausschusses möge die Landesregierung anschreiben mit der Bitte, de facto die Ansätze des Jahres 2007 aufrechtzuerhalten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ruft die in der letzten Sitzung von Minister Breuer gegebene Zusage ins Gedächtnis, eine Übersicht über die für den Schüleraustausch mit Israel in den Einzelplänen zur Verfügung stehenden Ansätze zu erarbeiten. Eine solche Übersicht sei vor dem Hintergrund, dass einige Schulen über Schwierigkeiten bei der Bewilligung von entsprechenden Mitteln klagten, von großem Interesse, um gegebenenfalls noch im Haushalts- und Finanzausschuss intervenieren zu können, sollten sich die Gelder für diese im Sinne der politischen Aufklärung und Sensibilisierung wichtige Aufgabe als zu gering erweisen. - Nach den Worten von **Ilka von Boeselager (CDU)** wird dieses Anliegen von ihrer Fraktion positiv begleitet.

Dasselbe gelte im Grundsatz auch für seine Fraktion, erklärt **Dr. Gerhard Papke (FDP)**. Er weise trotzdem auf die bereits deutliche Erhöhung der Mittel für den Austausch im Haushaltsentwurf hin und schlage vor, in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen des neuen Programms in der Praxis entgegenzunehmen.

Im Übrigen wüsste er gerne, ob der Wunsch seiner Fraktion, dieses Programm auch auf Schüler aus den Palästinensergebieten auszudehnen, um dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung zu tragen, schon habe realisiert werden können.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK),** erachtet eine Bewertung des Programms in absehbarer Zeit als sinnvoll.

Dem hohen Interesse am Schüleraustausch mit Israel komme man mit einer Vervierfachung des Ansatzes „Internationaler Schüleraustausch“ von 50.000 € auf 200.000 € im Entwurf 2008 des Einzelplans 05 nach. Hinzu trete ein Ansatz von 100.000 € im Einzelplan 15 im Kinder- und Jugendförderplan für Begegnungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Kulturen. Im Einzelplan 02 finde sich der Ansatz für Stipendien für Studierende aus Israel im Umfang von 50.000 €. Gemeinsam mit dem Schulministerium betreibe man das Programm zur Lehrerfortbildung in Yad Vashem.

Dem Aspekt „Völkerverständigung Israel/Palästina“ wende sich das Schulministerium in besonderer Weise zu, unter anderem mit Workshops zum Erfahrungsaustausch und zur Unterstützung von nordrhein-westfälischen Schulen mit Partnerschaften sowohl mit israelischen als auch mit Schulen im Palästinensergebiet. Außerdem gebe es eine Förderung von Schulpartnerschaften mit Israel und Palästina.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Andreas Krautscheid,** sieht keinen Dissens in der Lagebeurteilung bezüglich der Europa-Union, die mit zu den von der 20%igen Zuwendungskürzung ausgenommenen Institutionen zähle. Sie habe in 2005 und 2006 lediglich eine 5%ige Kürzung erfahren. Der Entwurf 2008 weise keine weiteren Kürzungen aus. Recht bald wolle er in Gespräche inhaltlicher, aber vielleicht auch „förderlicher“ Art eintreten, um im Haushaltsvollzug Härten zu vermeiden.